

Presseinformation

Nr. 140 / 2014

Kiel, Freitag, 21. März 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Finanzen / Kommunalen Finanzausgleich

Dr. Heiner Garg: Verlierer sind die Menschen im ländlichen Raum!

In seiner Rede zu TOP 6 (FAG-Novelle) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Niemand bestreitet die Notwendigkeit einer Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs. Klar ist aber auch, dass der Innenminister zur Abfederung der erkennbaren negativen Auswirkungen auf die beispiellos gute Konjunktur setzt.

Zu kritisieren ist im Zusammenhang mit einem solch großen politischen Vorhaben sicherlich viel. Für uns aber war aber ein Grundfehler des Innenministers, dass er zu Beginn keine richtige Aufgabenanalyse, sondern vielmehr eine Ausgabenanalyse vorgenommen hat. Zugleich wird deutlich – verrechnen wir die Erhöhung der Finanzmittel pro Einwohner auf der Ebene der Gemeinden mit den geringeren Finanzmitteln auf der Ebene der Kreise (Ausnahme Dithmarschen) pro Einwohner – dann haben die Einwohner von sieben der elf Kreise geringere Mittel aus dem FAG.

Zudem bezweifeln wir sehr, dass der von Herrn Breitner selbstgesteckte Anspruch auf Transparenz und Gerechtigkeit mit dieser Novelle erfüllt wird. So müssen wir in den zuständigen Ausschüssen ernsthaft darüber diskutieren, wie wir mit einigen Sonderfällen umgehen – wie zum Beispiel der Gemeinde Hohn im Kreis Rendsburg-Eckernförde, die durch die FAG-Novelle, Wegzug von Bundeswehrangehörigen sowie den Zensus zum Teil dreifach getroffen werden. Gerechtfertigt ist die bisher geplante Ausgestaltung der Novelle in diesem Falle sicherlich nicht.

Nahezu amüsant waren aber die argumentativen Verrenkungen, die die Landesregierung angesichts des 120-Millionen-Euro-Versprechens des Ministerpräsidenten an die Kommunen anstellen musste. Weder die Einigung auf 80 Millionen Euro für die U3-

Betreuung, die zur Abwendung einer befürchteten Klage aufgebracht werden, noch die Mittel für die Schulsozialarbeit oder die Mehreinnahmen im Zuge der Erhöhung der Grunderwerbsteuer können in diesen Topf einberechnet werden. Tatsache ist somit, dass die Landesregierung ein ganz zentrales Wahlversprechen von Herrn Albig glasklar brechen wird.

Wenn der Innenminister weiter behauptet, die Novelle würde allen gerecht, blendet er die Mehrzahl der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner schlicht aus. Politik im Dialog mit den Menschen geht anders!“